

DRINGLICHE ANFRAGE von Gaston Guex (FDP, Zumikon), Thomas Maier (GLP, Dübendorf) und Lorenz Schmid (CVP, Männedorf)

betreffend Forschungs- und Entwicklungsstandort Zürich gefährdet

Die Kontingente für aussereuropäische Fachkräfte wurden vom Bundesrat anfangs Jahr ohne Rücksprache mit der Wirtschaft und den Kantonen halbiert, so dass 2010 noch lediglich 5'500 Arbeitskräfte aus Staaten ausserhalb der EU und der Efta in die Schweiz einreisen und hier arbeiten dürfen. Diese Restriktion betrifft in ausserordentlichem Masse den Wirtschaftsstandort Zürich. Unter anderem leiden Forschungs- und Entwicklungszentren mit weltweiter Ausstrahlung unter dieser neuen Einschränkung, wie diejenigen von IBM oder Google. Diese Forschungszentren sind nicht nur Arbeitgeber von mehreren hundert Fachkräften, sondern auch Träger wichtiger Forschungsprojekte mit unseren Hochschulen. Wenn Firmen wie IBM, Google, Accenture oder die Rechenzentren von Banken und Versicherungen ihre Stellen mit dringend benötigten Spezialisten im Kanton Zürich nicht besetzen können, droht die Verlagerung dieser Stellen oder der ganzen Forschungszentren ins Ausland. Der Ausbildungsvorteil für Schweizer Hochschulabsolventen würde drastisch eingeschränkt. Dies zum Schaden des IT- Know-hows in der Schweiz und des Forschungs- und Bildungsstandortes Zürich. Im Weiteren ist zu berücksichtigen, dass auch Google-Mitarbeiter zu Schweizer Firmen wechseln und ihr Wissen dort einbringen, oder sich selbstständig machen und so die IT- Kompetenz in der Schweiz bereichern.

Trotz Interventionen von Seiten der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) sowie Wirtschafts- und Arbeitgeberverbänden ist die Halbierung dieser Kontingente vom zuständigen und federführenden Bundesamt für Migration resp. vom Gesamtbundesrat noch immer nicht rückgängig gemacht worden.

Wir bitten den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat der Regierungsrat seit der Intervention der VDK im Februar selbst beim zuständigen Bundesamt für Migration oder beim Bundesrat interveniert? Falls ja, wie lautete die Antwort?
2. Was unternimmt der Regierungsrat, damit die im Kanton Zürich ansässigen Firmen und Forschungszentren die notwendigen Kontingente wieder erhalten?
3. Liegt das aktuelle Problem ausschliesslich bei den vom Bundesrat reduzierten Kontingenten oder sieht der Regierungsrat Optimierungsmöglichkeiten in der Umsetzung durch das zuständige Amt für Wirtschaft und Arbeit?
4. Teilt der Regierungsrat die Sorge, dass mit diesen neuen Restriktionen der Forschungs- und Entwicklungsstandort Zürich gefährdet wird?

Gaston Guex
Thomas Maier
Lorenz Schmid

B. Angelsberger	B. Badertscher	N. Barandun	M. Bättig	M. Bischoff
R. Brunner	S. Brunner	H. Bucher	K. Bütikofer	M. Camin
M. Clerici	J. Cornaz	O. Denzler	A. Erdin	M. Farner
A. Federer	S. Feuillet	C. Gambacciani	M. Geilinger	W. Germann
E. Gutmann	E. Guyer	P. Hächler	U. Hans	C. Holenstein
L. Hübscher	B. Johner	D. Kläy	K. Kull	J. Kündig
P. Kutter	M. Landolt	H. Läubli	U. Lauffer	B. Leiser
J. Mäder	R. Margreiter	M. Mossdorf	F. Okopnik	G. Petri
H. Portmann	S. Rihs	P. Roesler	M. Rohweder	L. Roth
R. Sauter	B. Scherrer	W. Scherrer	S. Steiner	C. Thomet
T. Vogel	R. Walther	B. Walti	R. Walti	K. Weber
K. Weibel	S. Wettstein	G. Winkler	T. Wirth	M. Zaugg